



## Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,  
liebe Leserinnen  
und Leser,

die Corona-Pandemie bestimmt nach wie vor große Teile unseres Lebens. Zwar sieht es so aus, als ob wir hier in Deutschland den Zenit überschritten hätten. Doch sollten wir die Warnungen der Experten, die zur Vorsicht mahnen, nicht überhören. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Regierungserklärung vor möglichen Rückfällen gewarnt. Es war – nicht zuletzt für die Psyche – wichtig, die eine und andere Maßnahme zu lockern.

Doch wir sollen nicht übermütig werden und weiter Abstand halten und die Hygiene nicht vernachlässigen. Dann werden wir es schaffen. Nur wann? Das kann im Moment noch keiner sagen.

Um den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu begegnen, haben wir weitere Maßnahmen beschlossen. Dazu gehören Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld sowie die Senkung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie auf sieben Prozent bis zum 30. Juni 2021. Kurzarbeiter in allen Berufen dürfen ab

dem 1. Mai bis Jahresende bis zur vollen Höhe des bisherigen Monatseinkommens dazu verdienen. Bedürftige Schüler haben Anspruch auf einen Zuschuss von 150 Euro für die Anschaffung eines Computers.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst  
Ihr

## Elterngeld wird an Corona angepasst

Aufgrund der Corona-Pandemie wollen wir ein paar Änderungen am Elterngeld vornehmen. In erster Lesung haben wir am Mittwoch (22.4.2020) einen Antrag beraten, der es jungen und werdenden Eltern trotz der Ausnahmesituation ermöglichen wird, das Elterngeld ohne Abstriche in Anspruch zu nehmen.

Corona-bedingte Einnahmeausfälle, wie beispielsweise durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, sollen nicht dazu führen,

dass sich das Elterngeld drastisch reduziert und diese Familien in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Diese krisenbedingten Einnahmeausfälle werden bei der Berechnung des Elterngelds deshalb künftig nicht berücksichtigt.

Gleichzeitig sorgt das Gesetz für mehr Flexibilität. Eltern, die zu den systemrelevanten Berufsgruppen gehören, wie beispielsweise Ärzte, Krankenpfleger oder Polizisten, werden in dieser Zeit dringend vor Ort an ihrer Arbeitsstelle ge-

braucht. Sie sollen ihre Elterngeldmonate in der Zeit nach der Krise nehmen können.

Das 2007 von der damaligen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen eingeführte Elterngeld ist eine Erfolgsstory par excellence. Im vergangenen Jahr haben rund 1,9 Millionen Mütter und Väter diese Unterstützung bezogen. Mehr als 40 Prozent der Väter beteiligen sich an der Betreuung der Kinder. Mütter gehen früher wieder zurück in die Erwerbstätigkeit.

## Martin Patzelt, MdB

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak  
Anna Fabisch  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746  
martin.patzelt.ma05@bundestag.de  
geöffnet:  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40  
15848 Beeskow  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter  
direkt über die Homepage  
abonnieren, oder senden Sie  
uns eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Minderjährige Flüchtlingskinder aus Griechenland

Erfreulicherweise konnten am letzten Wochenende endlich die ersten 47 unbegleiteten minderjährigen Kinder aus heillos überfüllten griechischen Flüchtlingslagern nach Deutschland geholt werden. Das kann allerdings nur ein Anfang sein, wenn es darum geht, die völlig überfüllten und unzumutbaren Camps auf den griechischen Inseln zu entlasten. Deutschland plant, insgesamt 350 bis 500 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus diesen Lagern aufzunehmen – bevorzugt Kinder im Alter unter 14 Jahren, kranke Kinder und Mädchen.

Die Kinder wurden nach ihrer Ankunft untersucht und auch auf Corona getestet, alle negativ. Danach wurden sie im Osnabrücker Land erst einmal für eine 14-tägige Corona-Quarantäne untergebracht. Etwa 20 von ihnen haben in Deutschland Verwandte und werden später dorthin gebracht. Die anderen werden auf die Bundesländer ver-

teilt, einige bleiben in Niedersachsen. Viele Kommunen, wie auch Frankfurt, haben sich freiwillig bereit erklärt, jeweils einige von ihnen aufzunehmen. Die Bereitschaft, allein diese Angebote abzudecken, sollten wir umsetzen.

Diese Kinder und Jugendlichen sind in einer fremden Welt eingetroffen, ohne ihre gewohnte Umgebung und ihnen vertraute Menschen. Ihr Ankommen in unserem Land hängt von hilfreichen Händen und offenen Herzen ab. Wir haben für sie Platz in guten

Kinderheimen. Da bin ich mir sicher. Eine bessere Lösung für Schutz und Beistand für sie ist jedoch, sie in Pflegefamilien aufzunehmen. Die direkte Zuwendung zu den Kindern hat eine große heilende Wirkung.

Diese Kinder sind nicht irgendwo in Lagern auf der Welt, sie sind in Europa. Und sie lassen mit ihrer Umsiedlung nach Deutschland unvorstellbare Lebensumstände hinter sich. Wir tragen mit Verantwortung, wie sie leben. Daher sollte Deutschland den Weg weiter gehen und weitere Minderjährige aufnehmen.



Das Schicksal minderjähriger Flüchtlingskinder lag mir schon seit Beginn meiner Tätigkeit im Bundestag am Herzen.

Foto: Helmut Uwer